



## JUGENDPOLITIK

Die Jugendpolitik ist ein nationaler Politikbereich. Eine Harmonisierung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten ist damit ausgeschlossen. Auf EU-Ebene wird für Beschlüsse im Bereich der Jugendpolitik das ordentliche Gesetzgebungsverfahren angewandt. Der Aktionsbereich Jugend des Programms Erasmus+ fördert den Austausch junger Menschen innerhalb der EU wie auch mit Drittstaaten. In den letzten Jahren hat die Europäische Union ihre Politik für junge Menschen verstärkt, wie dies die Initiative des Europäischen Solidaritätskorps zeigt.

### RECHTSGRUNDLAGE

Artikel 165 und 166 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind die Grundlage für Maßnahmen der EU im Jugendbereich. Für Maßnahmen, die in den Anwendungsbereich von Artikel 165 und 166 fallen, gilt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren. Was die Jugendpolitik betrifft, ist eine Harmonisierung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten ausdrücklich ausgeschlossen. Der Rat kann jedoch auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission Empfehlungen verabschieden.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die den Verträgen rechtlich gleichgestellt ist (Artikel 6 EUV), enthält einen Artikel zu den Rechten des Kindes (Artikel 24) sowie einen Artikel zum Verbot von Kinderarbeit und zum Schutz von Jugendlichen am Arbeitsplatz (Artikel 32).

### ZIELE

Gemäß Artikel 165 AEUV kann die Union Maßnahmen ergreifen, um den Ausbau des Jugendaustauschs und des Austauschs von sozialpädagogischen Betreuern, sprich von Jugendarbeitern, und – seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon – die Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa zu fördern. Nach Artikel 166 AEUV ist die EU berechtigt, eine Politik der beruflichen Bildung umzusetzen, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützt und ergänzt. Mit diesem Artikel erhielt die Union den Auftrag, die Aufnahme einer beruflichen Bildung zu erleichtern sowie die Mobilität der Ausbilder und der in beruflicher Bildung befindlichen Personen, insbesondere von Jugendlichen, zu fördern.

Über diese Artikel hinaus ziehen Kinder und Jugendliche jedoch auch Nutzen aus Maßnahmen der EU in anderen Bereichen, etwa in den Bereichen allgemeine und



berufliche Bildung sowie Gesundheit oder hinsichtlich der Rechte und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen.

## LEISTUNGEN

### A. Strategischer Rahmen

#### 1. Die EU-Jugendstrategie 2010-2018

Im November 2009 hat der Rat eine Entschließung zu einem „erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa“ für den Zeitraum 2010-2018 angenommen (ABl. C 311 vom 19.12.2009, S. 1-11). Seine zwei übergeordneten Ziele sind die Schaffung von mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für alle jungen Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt und die Förderung des gesellschaftlichen Engagements, der sozialen Eingliederung und der Solidarität aller jungen Menschen. Dazu sollen Initiativen in den acht Aktionsfeldern allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Teilhabe, Freiwilligentätigkeit, soziale Eingliederung, Jugend in der Welt sowie Kreativität und Kultur ergriffen werden.

Die Arbeit erfolgt in Arbeitszyklen von drei Jahren. Für den laufenden Zyklus 2016-2018 hat der Rat sechs zentrale Ziele beschlossen: 1) verbesserte soziale Eingliederung aller jungen Menschen, 2) stärkere Teilhabe aller jungen Menschen am demokratischen und bürgerlichen Leben in Europa, 3) einfacherer Übergang junger Menschen vom Jugend- ins Erwachsenenalter, insbesondere was die Integration in den Arbeitsmarkt anbelangt, 4) Förderung der Gesundheit und des Wohlergehens junger Menschen, auch im Hinblick auf die psychische Gesundheit, 5) Beiträge zum Umgang mit den Herausforderungen und Chancen des digitalen Zeitalters in Bezug auf Jugendpolitik, Jugendarbeit und junge Menschen, 6) Beiträge zum Umgang mit den Chancen und Herausforderungen angesichts der wachsenden Zahl junger Migranten und Flüchtlinge in der EU.

#### 2. Strategie Europa 2020

Zentraler Schwerpunkt der im Jahr 2010 ins Leben gerufenen [Strategie Europa 2020](#) sind junge Menschen. Im Mittelpunkt stehen verschiedene Ziele, darunter die Verringerung der Zahl der Schulabbrecher, die Erhöhung des Anteils junger Hochschulabsolventen und die Entwicklung eines umfassenden Pakets politischer Initiativen für Bildung und Beschäftigung. Dazu zählt „[Dein erster EURES-Arbeitsplatz](#)“, ein Arbeitsmobilitätsprogramm, bei dem es um die Vermittlung von Stellen in ganz Europa geht.

In ihrer Mitteilung von Mai 2018 mit dem Titel „Beteiligung, Begegnung und Befähigung: eine neue EU – Strategie für junge Menschen“ (COM(2018) 269) schlug die Kommission vor, folgenden Tätigkeitsbereichen besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

- Förderung der Beteiligung der Jugend am demokratischen Leben,
- Ermöglichung von Jugendbegegnungen in der gesamten EU und darüber hinaus, um freiwilliges Engagement, Lernmobilität, Solidarität und interkulturelles Verständnis zu fördern,



— Förderung der Befähigung der Jugend durch Qualität, Innovation und Anerkennung von Jugendarbeit.

## B. Entsprechende Ausgabenprogramme der EU

### 1. Erasmus+

Erasmus+ umfasst ein eigenes Jugendkapitel, für das etwa 2,1 Mrd. EUR reserviert sind. Mit diesem Kapitel werden die folgenden spezifischen Ziele verfolgt: 1) Steigerung des Niveaus der Schlüsselkompetenzen und -fertigkeiten junger Menschen sowie Förderung der Beteiligung am demokratischen Leben in Europa und am Arbeitsmarkt, des bürgerschaftlichen Engagements, des interkulturellen Dialogs sowie von sozialer Inklusion und Solidarität, 2) Förderung von Qualitätsverbesserungen in der Jugendarbeit, 3) Ergänzung der politischen Reformen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene und Unterstützung der Entwicklung einer auf Wissen und gesicherten Erkenntnissen beruhenden Jugendpolitik, und 4) Ausbau der internationalen Dimension von Aktivitäten im Jugendbereich und der Rolle von Jugendbetreuerinnen und -betreuern und einschlägigen Organisationen als unterstützende Strukturen für junge Menschen.

Mit Erasmus+ wird direkt der [Europäische Freiwilligendienst](#) (EFD) unterstützt. Seine Aufgabe besteht darin, jungen Menschen dabei zu helfen, einige Zeit im Ausland zu verbringen, während sie sich in Freiwilligenprojekten engagieren. Dieses Programm des nicht formalen Lernens ist europaweit mit dem Anerkennungsinstrument [Youthpass](#) zertifiziert.

Mit [Erasmus: Junge Unternehmer](#), einem Ableger des Erasmus+-Programms, erhalten aufstrebende Jungunternehmer die Chance, von erfahrenen Unternehmern zu lernen, die Kleinunternehmen in anderen Teilnehmerländern führen.

### 2. Erasmus 2021-2027

In ihrem Vorschlag für das neue Programm Erasmus im Zeitraum 2021-2027 ([COM\(2018\) 367](#)) empfiehlt die Kommission, den Haushalt gegenüber dem Programmplanungszeitraum 2014-2020 auf 30 Mrd. EUR zu verdoppeln und 3,1 Mrd. EUR für die Jugend vorzusehen. Eines der Ziele des Vorschlags besteht darin, mit dem Reiseerlebnis [DiscoverEU](#), das es jungen Menschen ermöglicht, Europas Kulturerbe und Vielfalt zu entdecken, eine europäische Identität zu fördern. Begünstigte des Programms werden Schüler und Studenten, aber auch Praktikanten und Jugendarbeiter sein.

## C. Sonstige EU-Initiativen

### 1. Die Jugendgarantie

Im April 2013 hat der Rat eine Empfehlung zur Schaffung einer [Jugendgarantie](#) verabschiedet (ABl. C 120 vom 26.4.2013, S. 1-6). Dies ist eine richtungsweisende Verpflichtung, mit der sichergestellt werden soll, dass jungen Menschen innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, ein hochwertiger Arbeitsplatz, eine Weiterbildung oder Schulung angeboten wird. Auch wenn die Mitgliedstaaten diese Maßnahmen immer noch umsetzen und finanzieren müssen, ist für Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 25 % bereits eine EU-Kofinanzierung über eine eigenständige Haushaltslinie, die



Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und den Europäischen Sozialfonds, verfügbar<sup>[1]</sup>.

## 2. Europäisches Solidaritätskorps

Das [Europäische Solidaritätskorps](#) ist eine von der Kommission im Dezember 2016 ins Leben gerufene Initiative. Durch sie haben junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit, an Freiwilligenprojekten oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen. Insgesamt 72 000 junge Menschen haben sich bislang angemeldet, 7 000 von ihnen sind direkt an Solidaritätsaktionen beteiligt. Im August 2018 forderte die Kommission die Akteure auf, Ideen für neue Projekte im Rahmen des Programms vorzulegen. Insgesamt 44 Mrd. EUR wurden aus dem EU-Haushalt für ausgewählte Projekte bereitgestellt, die allen jungen Menschen in ganz Europa und darüber hinaus offenstehen. Am 11. Juni 2018 veröffentlichte die Kommission ihren [Vorschlag für ein Europäisches Solidaritätskorps für die Zeit nach 2020](#), der einen Betrag in Höhe von 1,26 Mrd. EUR vorsieht, um etwa 350 000 jungen Menschen die Teilnahme an Solidaritätsaktionen zu ermöglichen ([COM\(2018\) 440](#)).

## 3. Kinderschutzmaßnahmen

Gemäß dem „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ der Vereinten Nationen (UNCRC) ist ein Kind jeder Mensch, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Im Vertrag von Lissabon hat sich die EU zum Ziel gesetzt, die Rechte von Kindern zu fördern. Zudem garantiert die Grundrechtecharta der EU, dass die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten die Rechte von Kindern schützen.

Am 15. Februar 2011 hat die Kommission die Mitteilung ([KOM\(2011\) 60](#)) „Eine EU-Agenda für die Rechte des Kindes“ angenommen. Damit soll erneut zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die EU-Organe und alle Mitgliedstaaten in der Pflicht sehen, die Rechte des Kindes in allen maßgeblichen Politikbereichen der EU zu stärken, zu schützen und in konkrete Ergebnisse umzusetzen. Die Rechte des Kindes und die Verhütung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie andere gefährdete Gruppen werden auch im Rahmen des Programms [Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft \(2014-2020\)](#) geschützt und gestärkt.

Das Europäische Parlament und der Rat haben 2016 eine Richtlinie über Verfahrensgarantien in Strafverfahren für Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, angenommen (ABl. L 132 vom 21.5.2016, S. 1), damit Kinder, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind, diese Verfahren verstehen, ihnen folgen und ihr Recht auf ein faires Verfahren ausüben können, um zu verhindern, dass Kinder erneut straffällig werden und um ihre soziale Integration zu fördern.

## 4. Jugend und Medien

Online-Technologien eröffnen Kindern und Jugendlichen ungeahnte Möglichkeiten, indem sie ihnen Zugang zu Wissen bieten und ihnen ermöglichen, digitale Lernangebote zu nutzen und an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Allerdings geht von den neuen Technologien auch eine besondere Gefahr für Kinder aus. Aus diesem

---

[1]Weitere Informationen hierzu sind in der Kurzdarstellung [2.3.2](#) zum Europäischen Sozialfonds, Absatz B.2 enthalten.



Grund ist gemäß der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (ABl. L 95 vom 15.4.2010, S. 1) die Aufnahme von Inhalten, von denen eine erhebliche Gefährdung Minderjähriger ausgeht, in lineare Fernsehdienste untersagt. Inhalte, die Minderjährige gefährden können, dürfen nur zu einem Zeitpunkt übertragen werden, zu dem sie sie nicht sehen, oder ihr Zugang zu diesen Inhalten muss mit technologischen Mitteln blockiert werden. Im Bereich nichtlinearer audiovisueller Mediendienste auf Abruf dürfen derartige Inhalte nur so bereitgestellt werden, dass Minderjährige üblicherweise nicht mit ihnen in Kontakt geraten.

## 5. Europäisches Jugendportal

Das [Europäische Jugendportal](#) ist eine Website, die sich an junge Menschen in ganz Europa richtet und sie dabei unterstützen soll, sich einen Überblick über die zahlreichen Möglichkeiten, die die EU bietet, zu verschaffen, darunter freiwilliges Engagement, Arbeiten, Lernen, Kultur und Kreativität und vieles mehr.

## ROLLE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Parlament hat sich stets für eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Jugendpolitik eingesetzt. Es hat die Erarbeitung der Jugendpolitik begleitet und dabei eine aktive Rolle übernommen, z. B. mit seinen Entschlüssen zu „Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment“ (ABl. C 161 vom 31.5.2011, S. 21), zur Durchführung der EU-Jugendstrategie 2010-2012 (ABl. C 93 vom 9.3.2016, S. 61), zur Bewertung der EU-Jugendstrategie 2013-2015 (ABl. C 215 vom 19.6.2018, S. 212) und zu einer Jugendgarantie (ABl. C 440 vom 30.12.2015, S. 67).

Zahlreiche weitere Entschlüsse zu Jugendbeschäftigung (z. B. ABl. C 224 vom 21.6.2016, S. 19), Unternehmergeist (ABl. C 316 vom 22.9.2017, S. 76) und Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (ABl. C 11 vom 12.1.2018, S. 44) wurden in den letzten Jahren verabschiedet.

Das Parlament versucht zudem auf der Grundlage der an das Parlament gerichteten Petitionen (ABl. C 66 vom 21.2.2018, S. 2) die Interessen von Kindern zu wahren und hat eine Entschlüsselung zur Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (ABl. C 366 vom 27.10.2017, S. 19) angenommen. Darüber hinaus richtete das Parlament besonderes Augenmerk auf die Rechte von Kindern außerhalb der EU-Grenzen, unter anderem durch die Annahme von Entschlüssen zur Bildung für Kinder in Notsituationen und andauernden Krisen (ABl. C 366 vom 27.10.2017, S. 151) oder zur Unter- und Mangelernährung von Kindern in Entwicklungsländern (ABl. C 289 vom 9.8.2016, S. 71). Im Jahr 2015 hat es eine Entschlüsselung zum Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet angenommen (ABl. C 316 vom 30.8.2016, S. 109)<sup>[2]</sup>. Auf der Plenartagung im Oktober 2018 nahm es den Legislativvorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste an (P8\_TA(2018)0364). Gemäß den neuen Bestimmungen müssen Fernsehveranstalter dafür sorgen, dass Kindern weniger Werbung für ungesunde Lebensmittel oder Getränke angezeigt wird, Inhalte, die zu

---

[2]Weitere Informationen sind der Kurzdarstellung [3.6.2](#) über audiovisuelle Politik und Medienpolitik zu entnehmen.



Gewalt, Hass und Terrorismus aufrufen, werden verboten und kostenlose Inhalte, die Gewalt oder Pornografie enthalten, werden sehr strengen Regeln unterworfen.

In den Verhandlungen über das Erasmus+-Programm für den Zeitraum 2012-2013 hat sich das Parlament für ein eigenes Jugendkapitel und einen eigenständigen Haushalt für die entsprechenden Schlüsselmaßnahmen stark gemacht. Es hat auch nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten für die Teilnahme benachteiligter Jugendlicher ausgebaut werden sollten. In seiner EntschlieÙung vom 17. September 2017 (ABl. C 337 vom 20.9.2018, S. 131) schlug es vor, dass der Schwerpunkt des Nachfolgeprogramms auf lebenslangem Lernen und Mobilität liegen sollte, und empfahl, die Prioritäten des Programms Erasmus, die Jugendstrategie der EU und weitere EU-finanzierte Programme in Einklang zu bringen. Im Juni 2018 erzielten das Europäische Parlament und der Rat eine politische Einigung über den Vorschlag für das Europäische Solidaritätskorps, den beide Institutionen nun förmlich annehmen müssen.

Zur Förderung europäischer Projekte junger Menschen hat das Parlament gemeinsam mit der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen 2008 den [Europäischen Karlspreis für die Jugend](#) ins Leben gerufen, der jedes Jahr für Projekte verliehen wird, mit denen die innereuropäische sowie internationale Verständigung gefördert werden.

Michaela Franke / Pierre Hériard  
09/2018

